



**Ausgewählte Ergebnisse  
der Politikpanel Deutschland Umfrage Juli 2022**

**21.07.2022**

Prof. Dr. Uwe Wagschal  
Dr. Sebastian Jäckle

unter Mitarbeit von Dr. James Kenneth Timmis

**Kontakt:**

Prof. Dr. Uwe Wagschal  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Seminar für Wissenschaftliche Politik  
Werthmannstraße 12  
79085 Freiburg  
E-Mail: [politikpanel@politik.uni-freiburg.de](mailto:politikpanel@politik.uni-freiburg.de)  
Telefon: 0761/203-9361  
<https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>



# Inhaltsverzeichnis

<b>A: Umfragedauer</b> .....	<b>2</b>
<b>B: Alter &amp; Geschlecht</b> .....	<b>2</b>
<b>C: Alter &amp; Bundesland</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Krisenwahrnehmung</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Dienstpflicht und Einstellung zu freiwilligem Gesellschaftsengagement</b> .....	<b>5</b>
<b>3. Spaltung der Gesellschaft</b> .....	<b>10</b>
<b>4. Corona und Impfung</b> .....	<b>11</b>
<b>5. Bundestagsgröße und Frauenquoten in der Politik</b> .....	<b>14</b>

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 30. Juni bis zum 17. Juli 2022 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 8.598 Personen teilgenommen, wobei 8.060 den Fragebogen beendeten.

Die Teile A-C geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

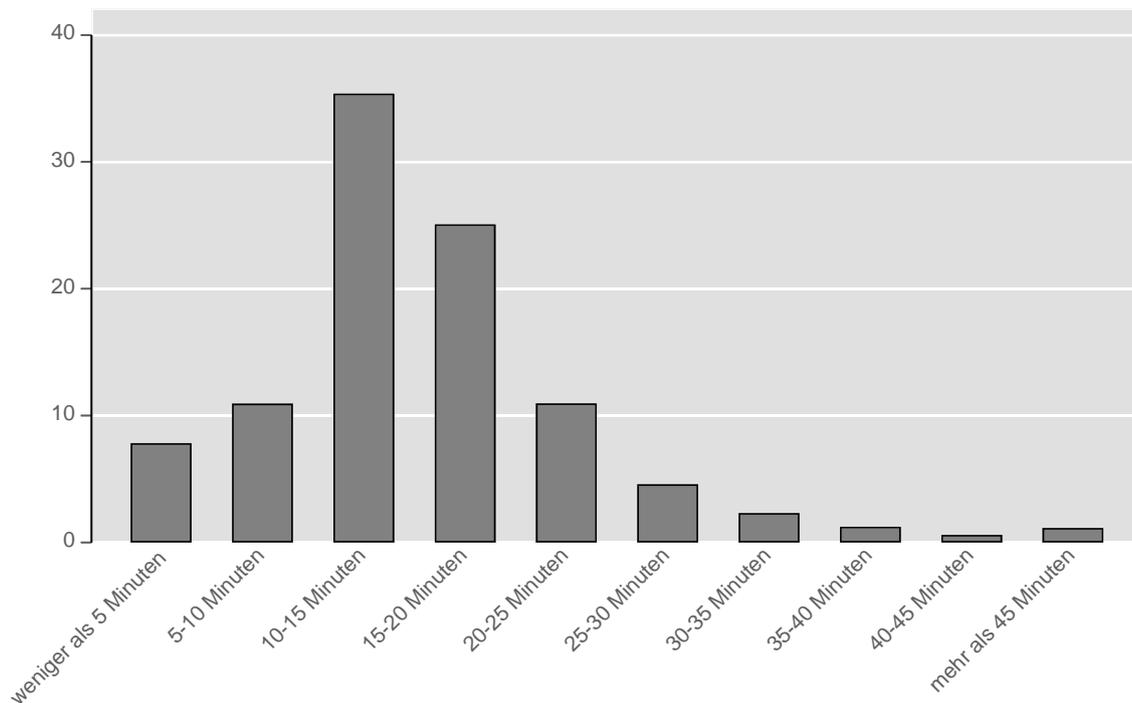
Für alle weiteren Analysen (1-6) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w), Bundesland und Sonntagsfrage<sup>1</sup> an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

---

<sup>1</sup> Für die Sonntagsfrage wird beim Raking auf den Mittelwert der vier folgenden repräsentativen Umfragen zurückgegriffen: Kantar Emnid 09.07.2022, Forsa 12.07.2022, Forschungsgruppe Wahlen 01.07.2022 und Infratest dimap 07.07.2022.

### A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, die die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 7.801)



Die durchschnittliche Umfragedauer lag bei knapp 17 Minuten, mit einer Standardabweichung von etwa 7:50 Minuten. 259 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 538 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Durchschnitt 3:30 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

### B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben

Geschlecht	18-30	31-45	46-60	61+	k.A.	Summe
männlich	901	1.153	1.482	1.451	19	5.006
weiblich	544	752	969	687	10	2.962
nicht binär	18	14	11	2	1	46
k.A.	6	10	18	10	2	46
Summe	1.469	1.929	2.480	2.150	32	8.060

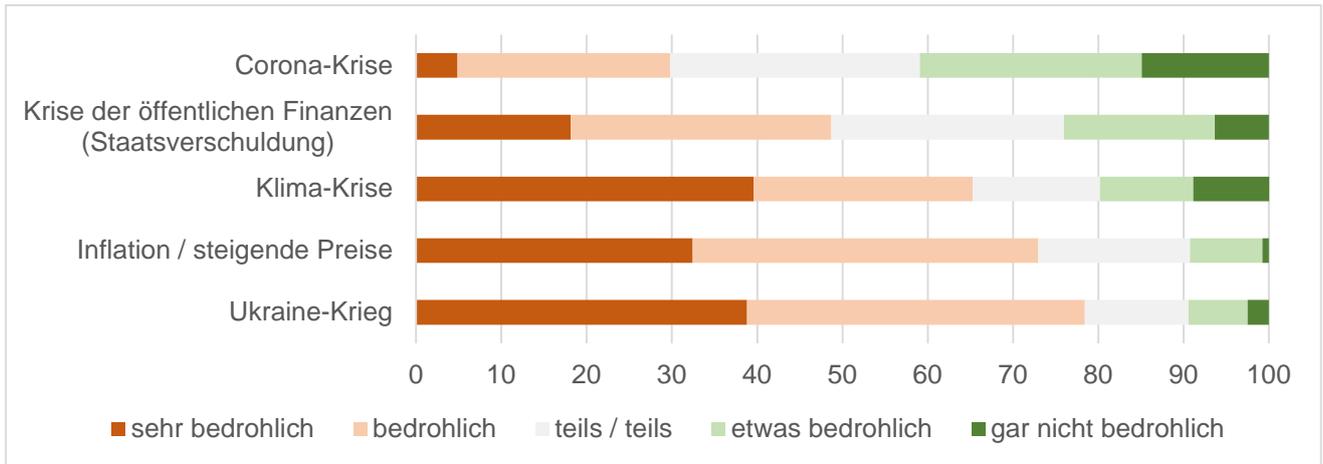
**C: Alter & Bundesland**

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben

Bundesland	18-30	31-45	46-60	61+	k.A.	Summe
Baden-Württemberg	404	353	432	503	8	1.700
Bayern	214	318	342	227	4	1.105
Berlin	52	91	119	65	0	327
Brandenburg	28	34	59	51	0	172
Bremen	20	56	122	183	0	381
Hamburg	23	45	54	34	0	156
Hessen	85	136	154	98	3	476
Mecklenburg-Vorpommern	19	31	31	32	1	114
Niedersachsen	129	159	227	214	3	732
Nordrhein-Westfalen	272	356	517	398	7	1.550
Rheinland-Pfalz	42	72	114	97	0	325
Saarland	17	18	26	15	0	76
Sachsen	53	102	86	48	2	291
Sachsen-Anhalt	22	30	34	22	0	108
Schleswig-Holstein	38	59	83	75	1	256
Thüringen	35	46	55	55	1	192
Ausland	16	20	24	31	1	92
k.A.	0	3	1	2	1	7
Summe	1.469	1.929	2.480	2.150	32	8.060

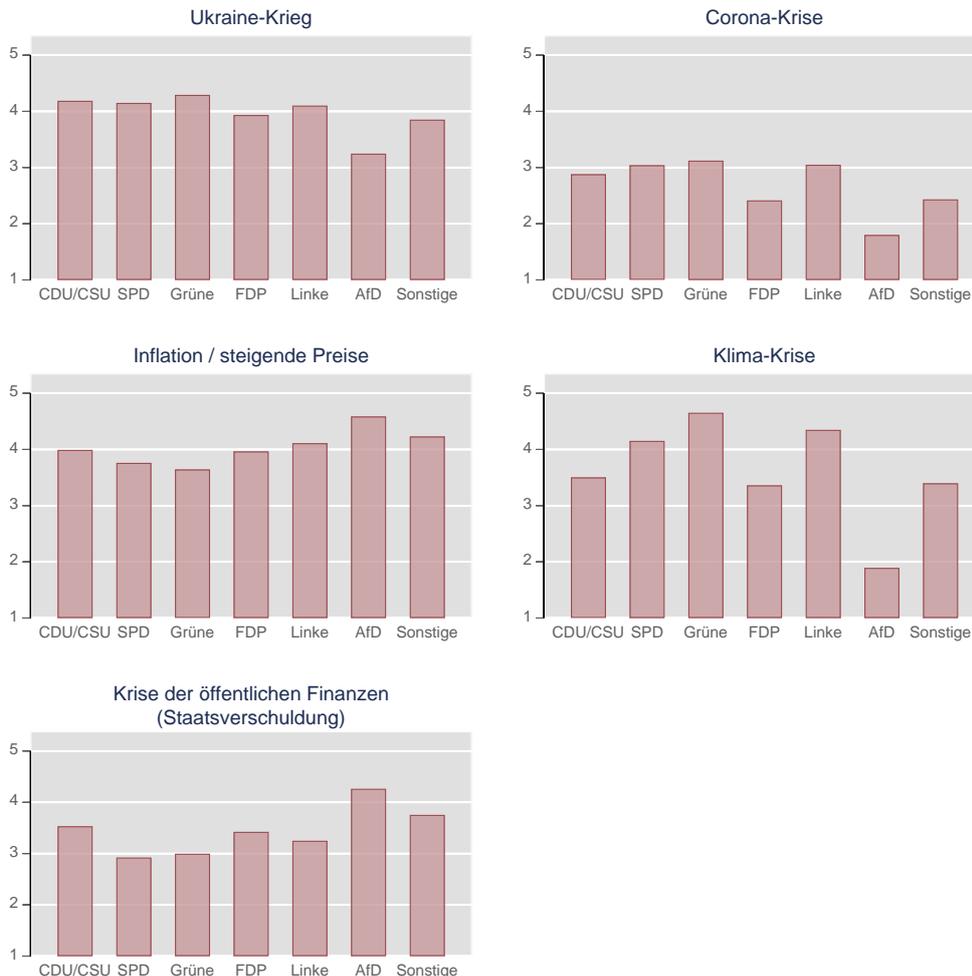
# 1. Krisenwahrnehmung

Die heutige Zeit ist von vielen Krisen geprägt. Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Krisen?



Während die Corona-Pandemie mittlerweile für die Mehrheit der Befragten keine große Bedrohung mehr darstellt, empfinden mehr als 70 Prozent von ihnen den Ukraine-Krieg sowie die Inflation als bedrohlich oder sehr bedrohlich. Zudem zeigt sich, dass so gut wie niemand (nur 0,8 Prozent) steigende Preise als gar nicht bedrohlich auffasst. Ebenso wird die Klimakrise von 65 Prozent der Befragten als (sehr) bedrohlich empfunden und auch die Staatsverschuldung sehen die Teilnehmenden der Umfrage zu knapp 50 Prozent als bedrohlich oder sehr bedrohlich an.

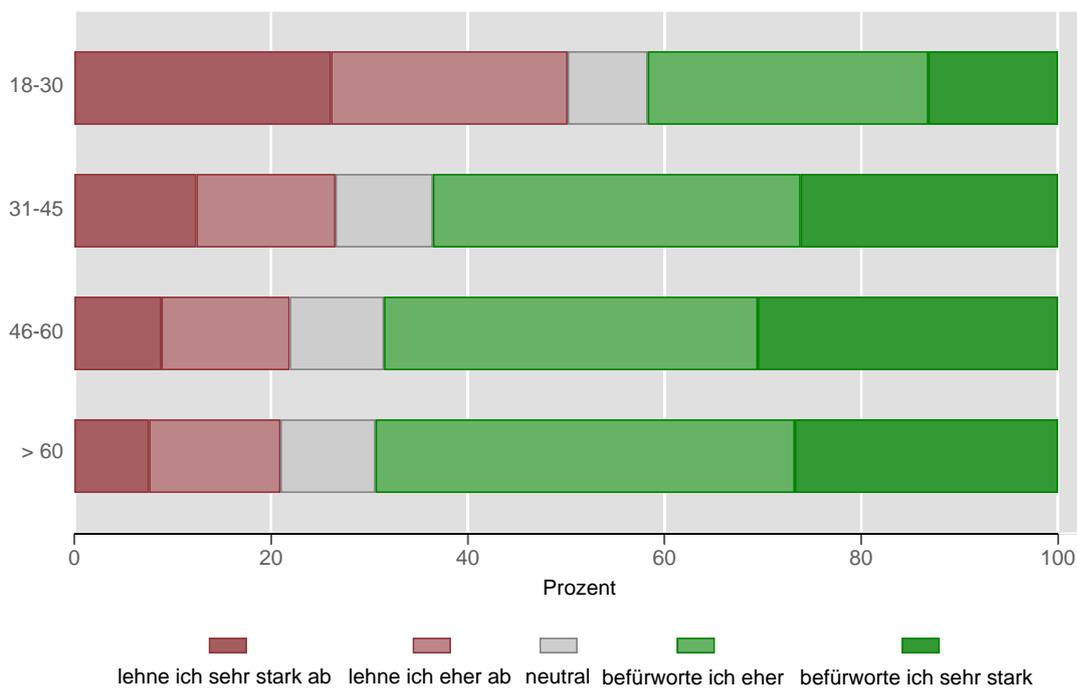
Mittelwert Krisenwahrnehmung nach Sonntagsfrage (1 = gar nicht bedrohlich; 5 = sehr bedrohlich)



Die Wahrnehmung der Krisen unterscheidet sich dabei zum Teil danach, welche Partei die Befragten bei der nächsten Bundestagswahl wählen würden. Insbesondere die AfD-Anhänger stechen hier heraus. Sie sehen den Ukraine-Krieg, und vor allem die Corona-Pandemie und die Klima-Krise als deutlich weniger bedrohlich an, als die Anhänger der anderen Parteien. Gleichzeitig sind die AfD-Anhänger diejenigen, die die Inflation und die Krise der öffentlichen Finanzen (Staatsverschuldung) am bedrohlichsten wahrnehmen. Die größten Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung gibt es bei der Klima-Krise. Diese wird insbesondere von denjenigen Befragten, die bei der Sonntagsfrage die Grünen oder die Linke angegeben haben, als bedrohlich wahrgenommen. Die Anhänger dieser beiden Parteien sind es hingegen, die die Staatsverschuldung als am wenigsten bedrohlich ansehen.

## 2. Dienstpflicht und Einstellung zu freiwilligem Gesellschaftsengagement

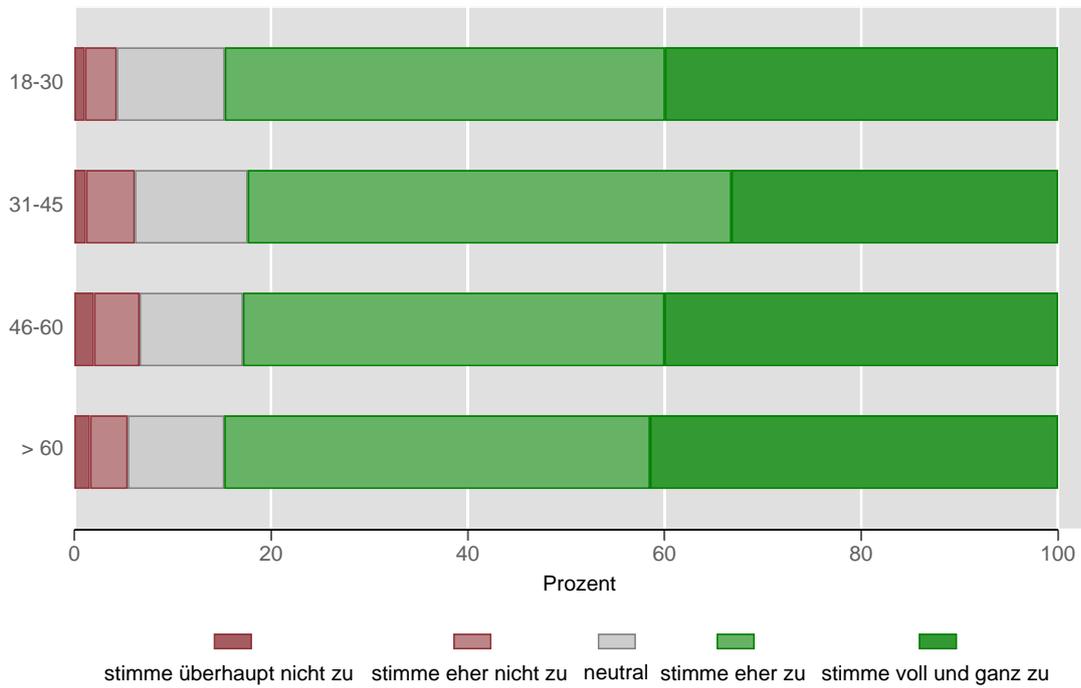
Was halten Sie von der Forderung einer Dienstpflicht für junge Menschen?  
In Prozent der jeweiligen Altersgruppe



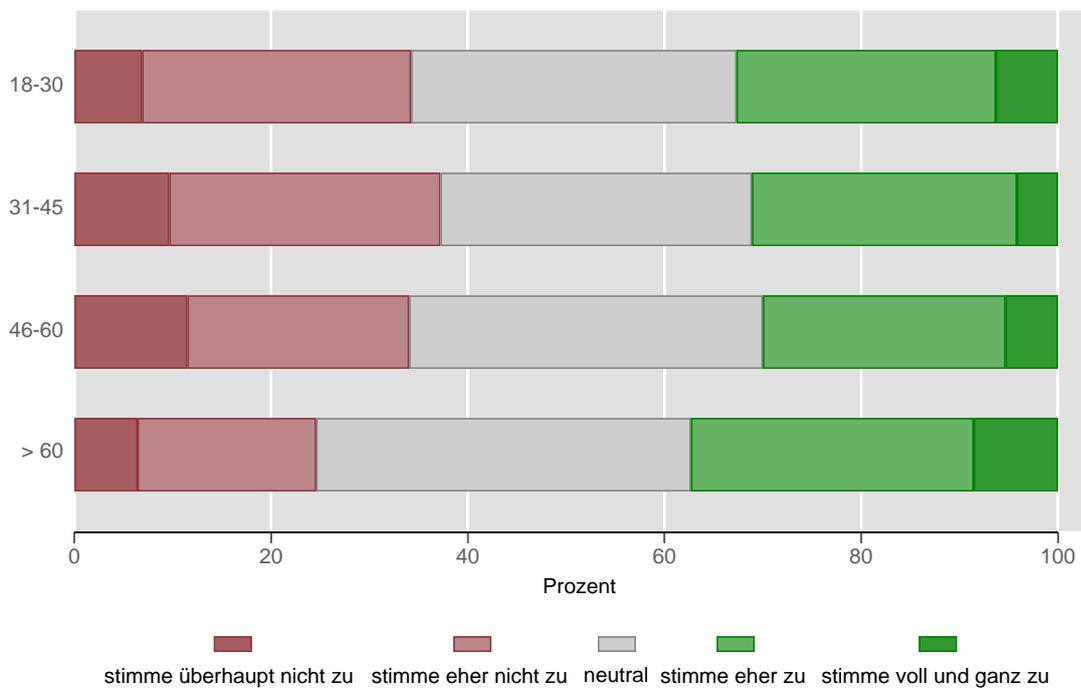
Die von Bundespräsident Steinmeier vor einigen Wochen angestoßene Debatte um die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Menschen verfängt bei älteren Befragten stärker als bei jüngeren. Teilnehmende über 30 Jahre befürworten eine solche Dienstpflicht zu 60-70 Prozent. Die jüngste Gruppe, die 18-30-Jährigen lehnen eine Dienstpflicht hingegen mehrheitlich ab, obgleich auch unter diesen etwa 42 Prozent einer solchen Dienstpflicht positiv gegenüberstehen. Diese Differenzen zwischen den Altersgruppen in Bezug auf eine Dienstpflicht bedeuten jedoch nicht, dass die Jüngeren einen Einsatz für die Gesellschaft als unnötig erachten würden, oder generell weniger hilfsbereit wären, wie die folgenden drei Grafiken zeigen.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

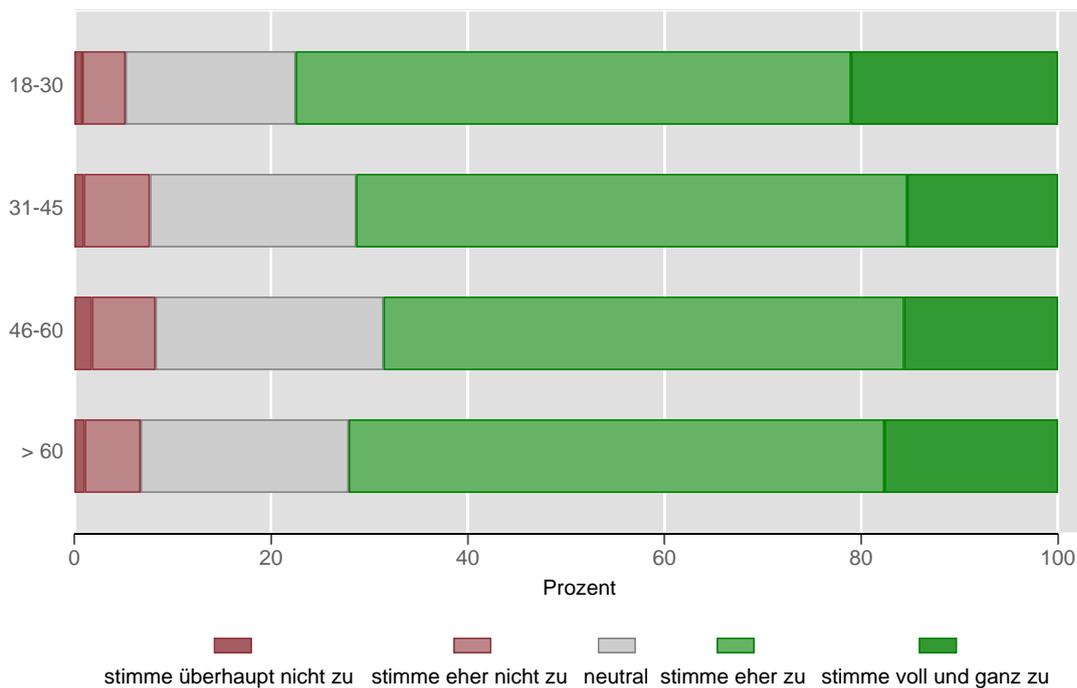
(1) Die Gesellschaft ist auf freiwilliges Engagement der Bevölkerung angewiesen.  
In Prozent der jeweiligen Altersgruppe



(2) Es ist wichtiger, für das Wohl der Gemeinschaft zu arbeiten, als für das eigene Wohl.  
In Prozent der jeweiligen Altersgruppe



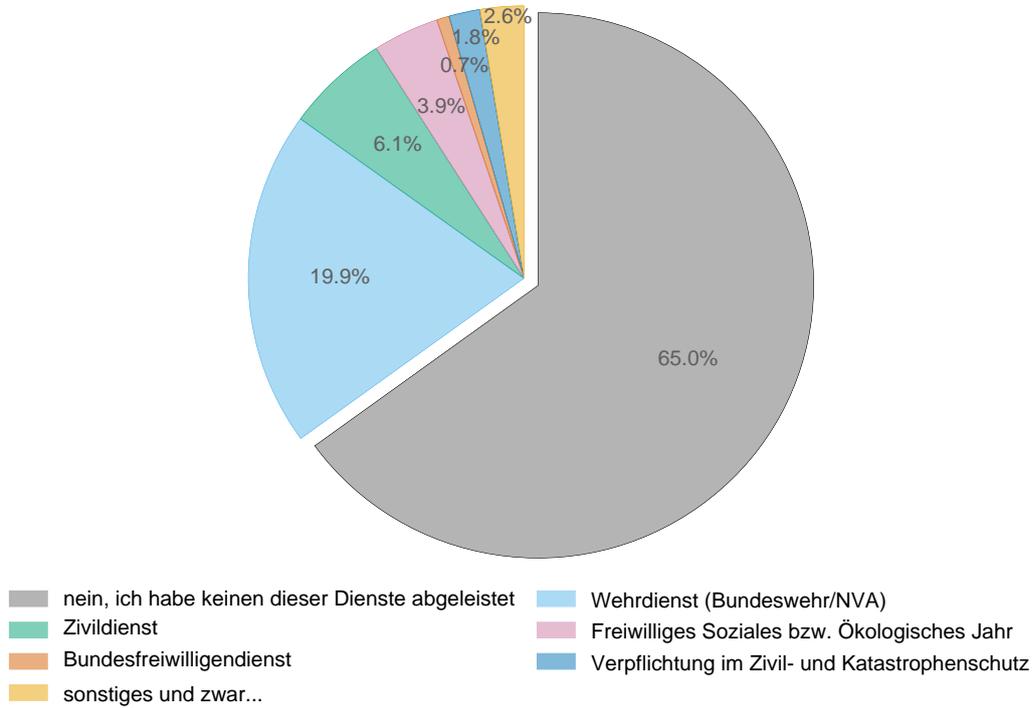
(3) Wenn ein Fremder auf meine Unterstützung angewiesen ist, versuche ich, sie ihm zu geben.  
 In Prozent der jeweiligen Altersgruppe



- (1) So gibt es so gut wie gar keinen Unterschied zwischen den Altersgruppen bei der Frage, ob die Gesellschaft auf freiwilliges Engagement der Bevölkerung angewiesen ist. Etwa 85 Prozent stimmen dieser Aussage eher oder voll und ganz zu.
- (2) Zudem sind es eher die Jüngeren sowie die Älteren (über 60-Jährigen), die der Aussage zustimmen, dass es wichtiger sei, für das Wohl der Gemeinschaft zu arbeiten als für das eigene Wohl. Bei den beiden mittleren Altersgruppen halten sich diejenigen, die dieser Aussage (eher) zustimmen, und diejenigen, die diese Aussage (eher) ablehnen hingegen in etwa die Waage.
- (3) Bei der konkreteren Frage, ob man, wenn ein Fremder auf meine Unterstützung angewiesen ist, diesem hilft, ist es die jüngste Altersgruppe, die dies am häufigsten bejaht. Aber auch in den anderen Altersgruppen sind es deutlich weniger als zehn Prozent der Befragten, die angeben einem Fremden diese Unterstützung (eher) nicht geben.

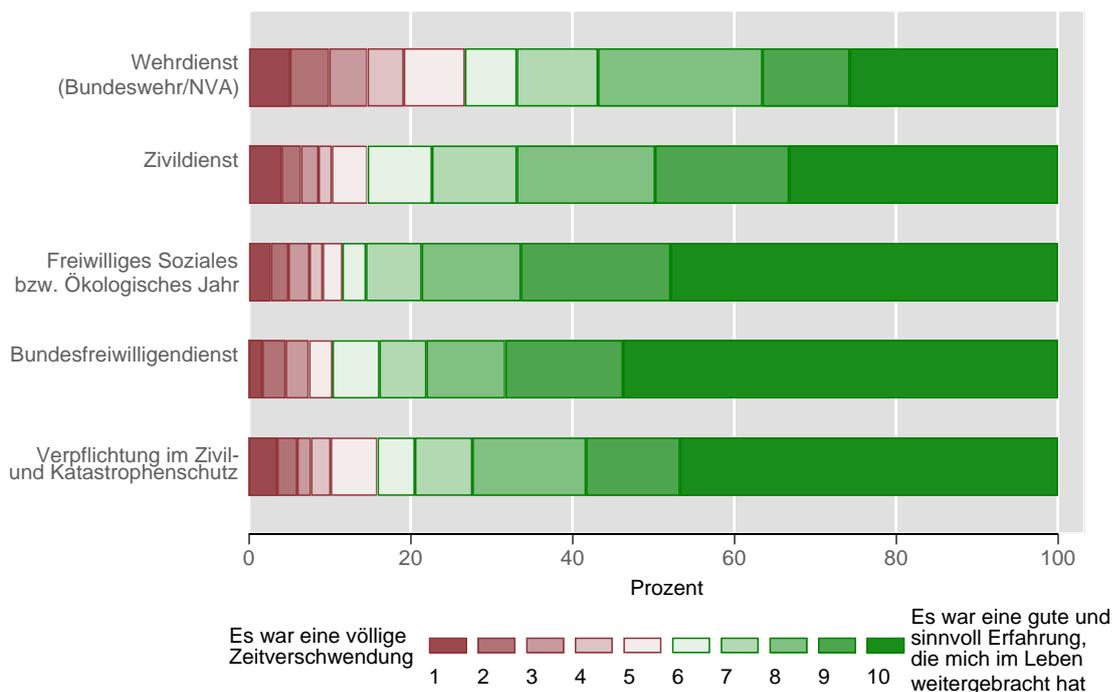
Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geben etwa 35 Prozent an, selbst einen Dienst abgeleistet zu haben. Die meisten davon Wehrdienst, gefolgt von Zivildienst und FSJ bzw. FÖJ.

Haben Sie einen der folgenden Dienste abgeleistet?

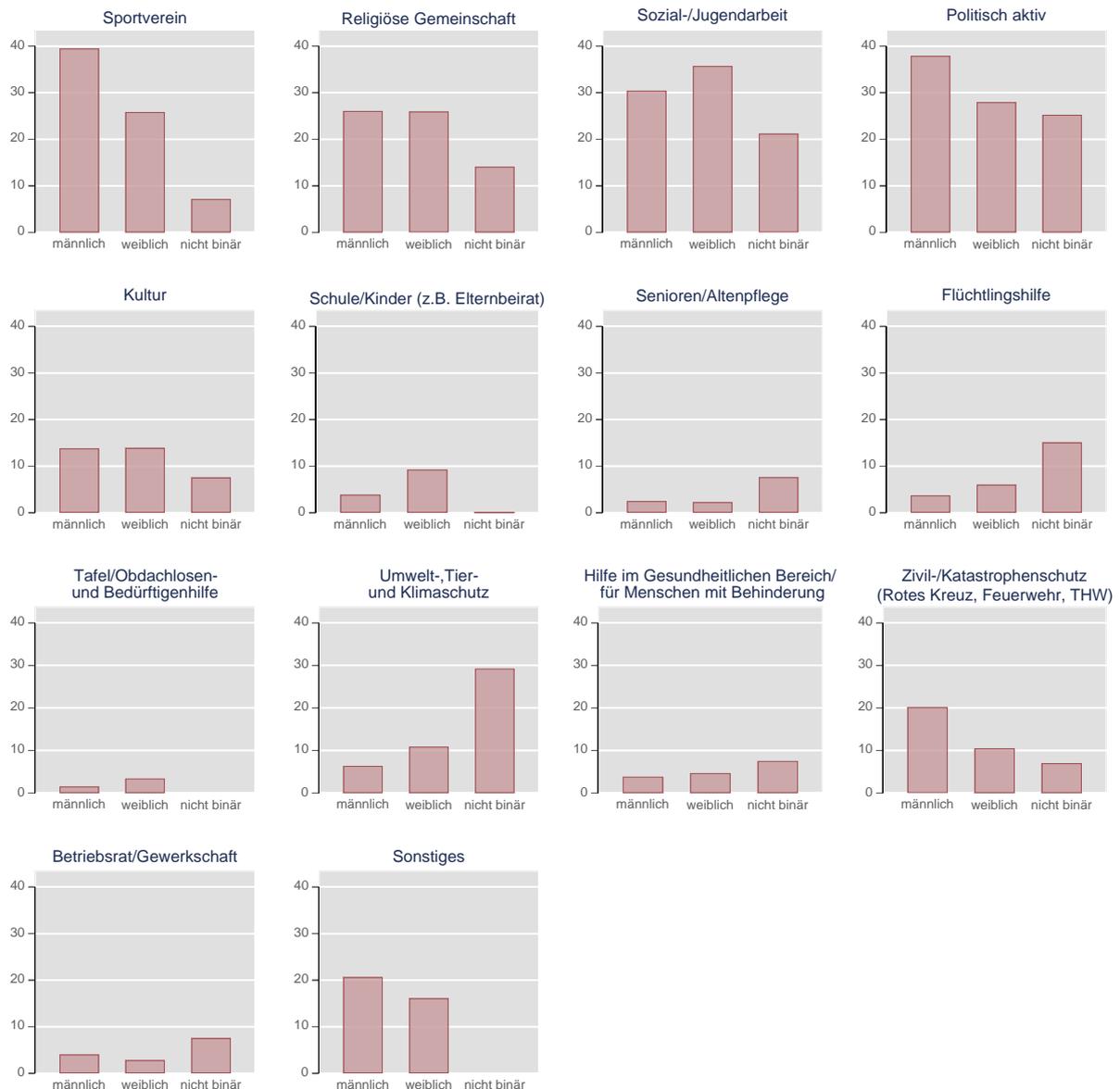


Mehrheitlich wurde der abgeleistete Dienst – und zwar über alle Dienstformen hinweg – als gute und sinnvolle Erfahrung wahrgenommen. Nur eine deutliche Minderheit beurteilt ihn im Nachhinein als Zeitverschwendung. Diese Sichtweise herrscht am ehesten noch bei denjenigen vor, die einen Wehrdienst abgeleistet haben.

Wie würden Sie Ihren damals abgeleisteten Dienst im Nachhinein beurteilen?



**Engagieren Sie sich ehrenamtlich? Und wenn ja, wo? Mehrfachauswahl möglich!  
Nach Geschlecht in Prozent der jeweiligen Geschlechterkategorie**

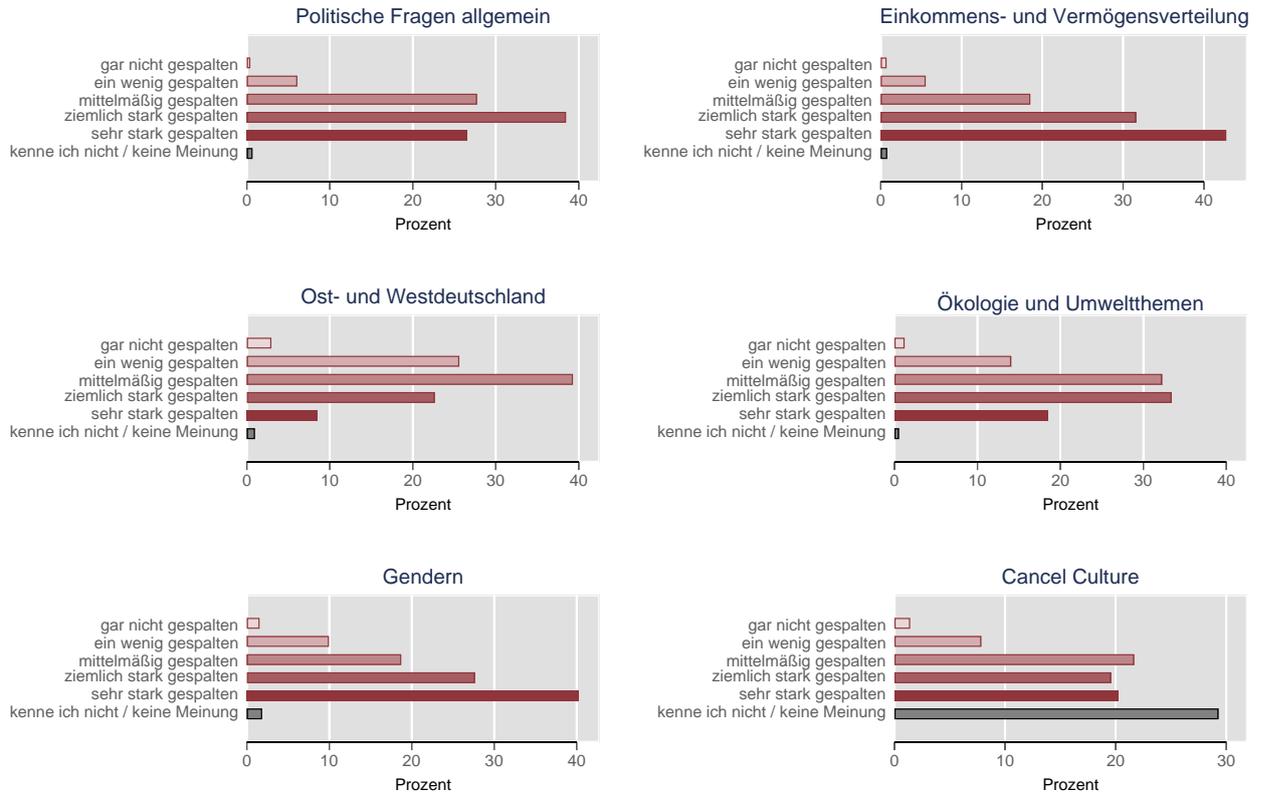


Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, sich ehrenamtlich zu engagieren (51,5 Prozent). Von diesen sind die meisten Teilnehmenden in Sportvereinen, religiösen Gemeinschaften der Sozial- und Jugendarbeit sowie im politischen Bereich aktiv. Insbesondere die hohen Werte für das politische Engagement hängen mit der Stichprobe des Politikpanel Deutschland zusammen, in dem naturgemäß Personen überrepräsentiert sind, die sich für politische Sachverhalte interessieren.

Männer engagieren sich vornehmlich in Sportvereinen, der Politik und dem Zivil- und Katastrophenschutz. So geben knapp 40 Prozent der männlichen Befragten an, sich ehrenamtlich im Sportverein oder politisch zu betätigen. Frauen geben hingegen häufiger an, in der Sozial- und Jugendarbeit, in Schule und Kindergarten und im Bereich Umwelt-, Tier- und Klimaschutz aktiv zu sein. Personen, die ihr Geschlecht mit „nicht binär“ angeben, weisen ein deutlich abweichendes Profil in Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeit auf. Sie sind weniger aktiv in Sportvereinen und religiösen Gemeinschaften, dafür deutlich engagierter in der Flüchtlingshilfe und im Umwelt-, Tier- und Klimaschutz. Aufgrund der geringen Anzahl dieser Gruppe in der Umfrage (N = 46) sollten diese Daten allerdings nur mit Vorsicht interpretiert werden.

### 3. Spaltung der Gesellschaft

Für wie gespalten halten Sie die Gesellschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche?

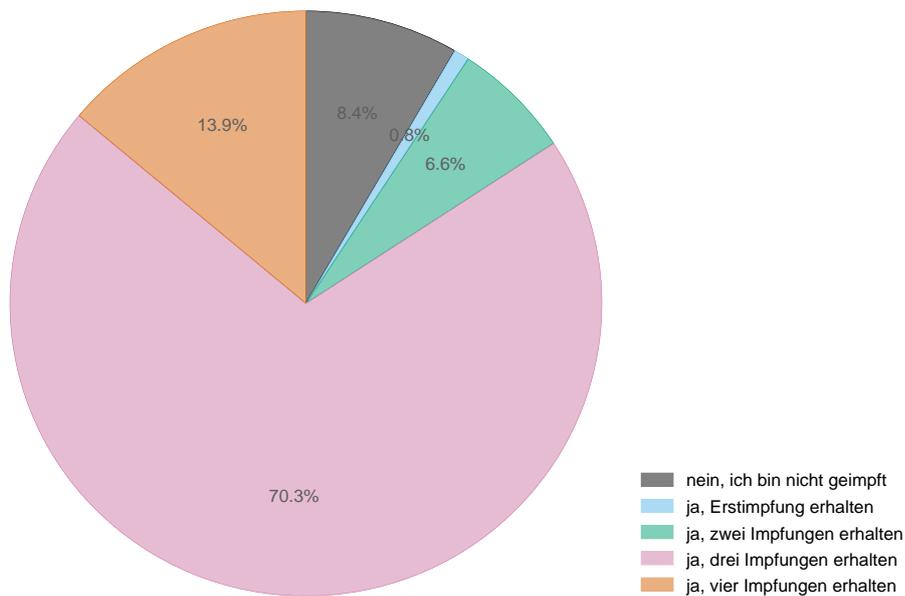


Die Befragten sehen die Gesellschaft vor allem im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung und das Thema Gendern als sehr gespalten an. Auch in Bezug auf *Cancel Culture*<sup>2</sup> sieht eine Mehrheit die Gesellschaft als gespalten, wobei knapp 30 Prozent der Teilnehmenden mit diesem Begriff auch nichts verbinden können oder keine klare Meinung dazu haben. Die geringste Spaltung wird zwischen Ost- und Westdeutschland gesehen. Insgesamt zeigen diese Fragen allerdings, dass ein Großteil der Befragten eine ziemlich oder sogar sehr starke Spaltung der Gesellschaft in Hinblick auf verschiedene soziale Bereiche sieht. Auch zeigen die Ergebnisse (wenn man den Bereich *Cancel Culture* einmal außen vor lässt), dass fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine klare Meinung zu dem Thema haben – fast niemand wählt die Option „kenne ich nicht/keine Meinung“.

<sup>2</sup> Unter *Cancel Culture* versteht man den systematischen Versuch, Personen oder Organisationen aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen, denen diskriminierende Aussagen oder Handlungen zugeschrieben werden

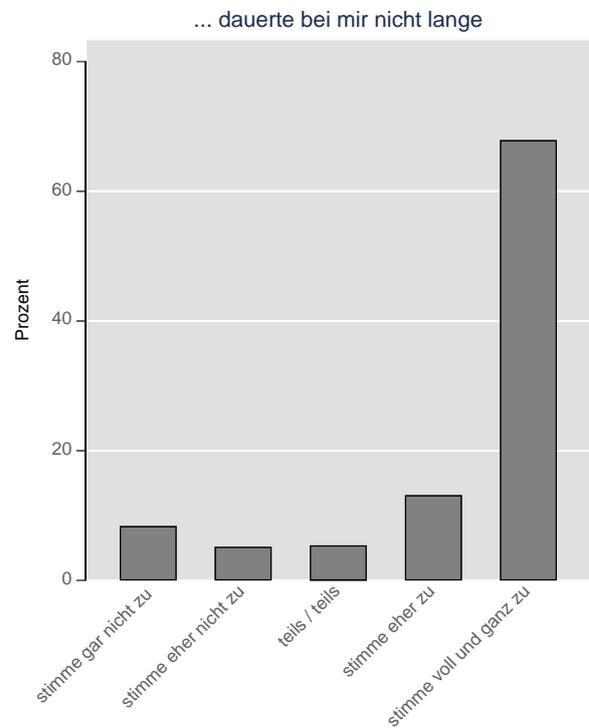
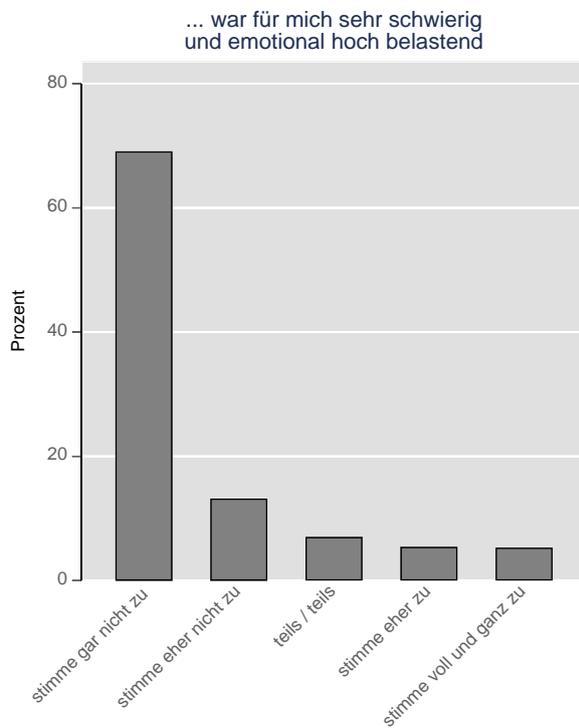
## 4. Corona und Impfung

Haben Sie sich gegen Covid-19 impfen lassen?

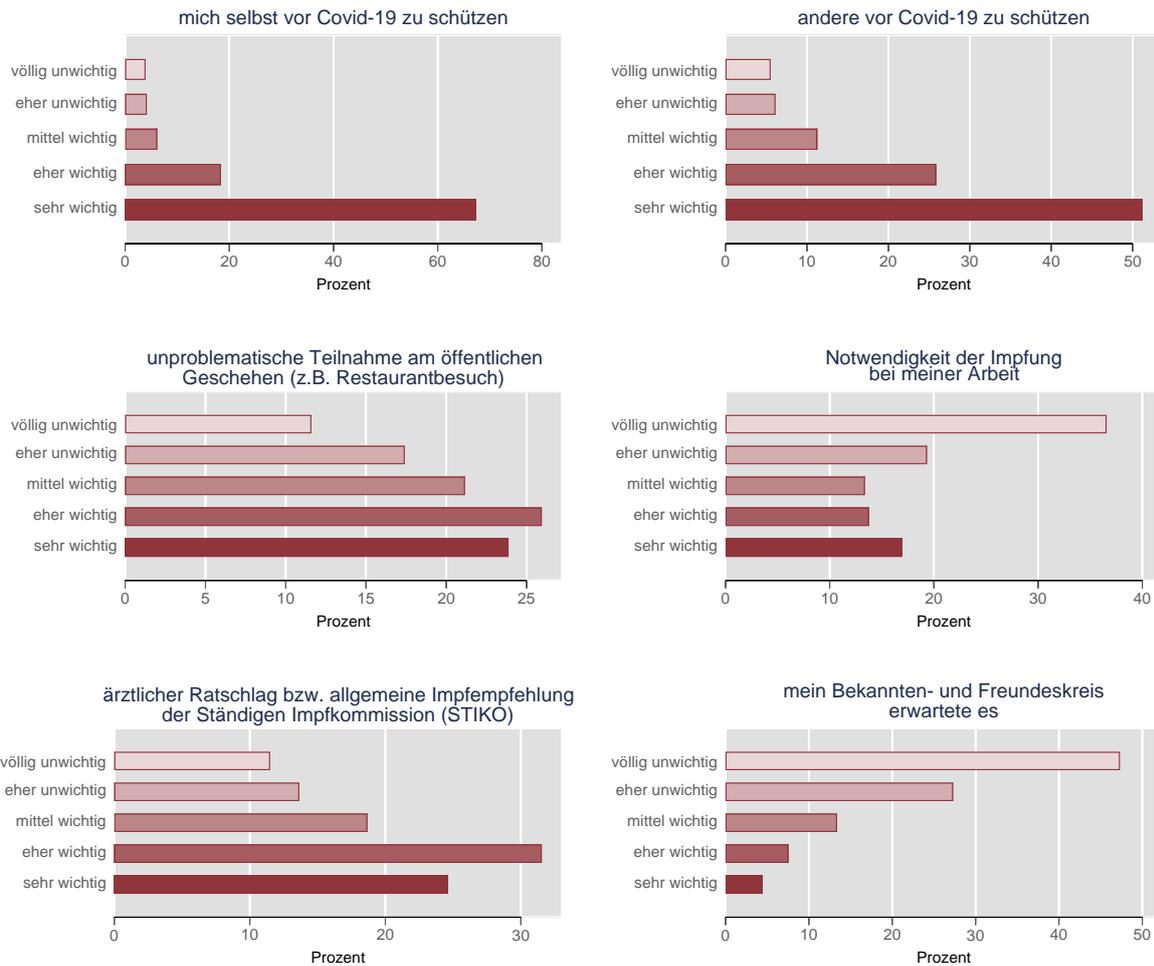


Wie empfanden Sie damals die Entscheidung, ob Sie sich impfen lassen sollen oder nicht?  
In Prozent aller Befragten

### Die Entscheidungsfindung...

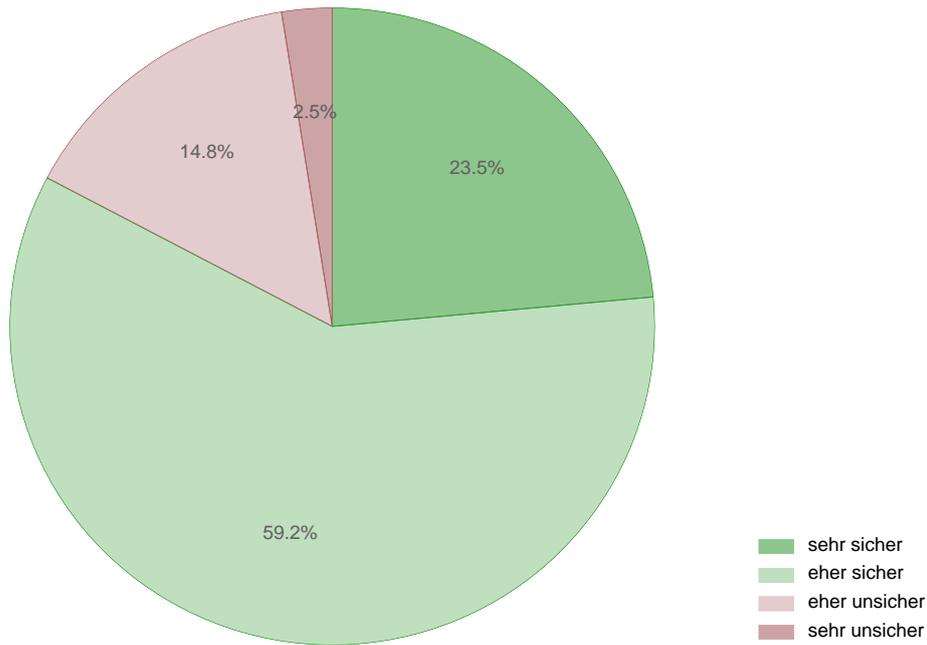


Wie wichtig waren die folgenden Punkte für Ihre Entscheidung, sich impfen zu lassen?  
In Prozent derjenigen, die mindestens eine Impfung erhalten haben.

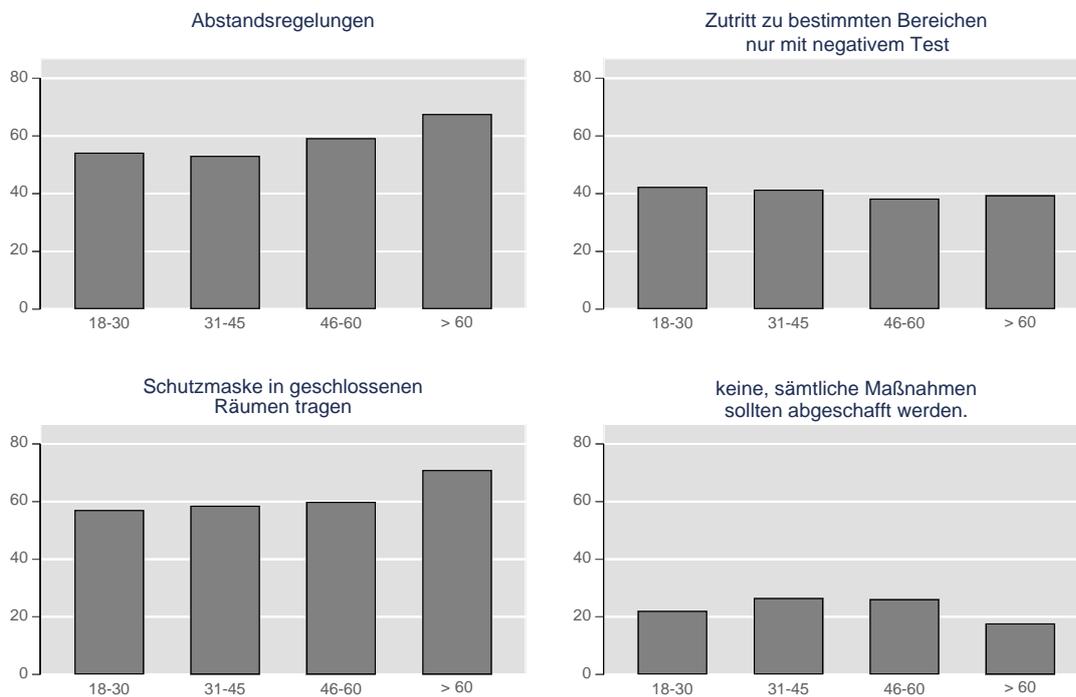


Die deutliche Mehrheit der Befragten ist drei- oder vierfach gegen Covid-19 geimpft. Die Entscheidung sich impfen oder nicht impfen zu lassen war für die meisten Befragten weder schwierig noch emotional belastend und war auch in der Regel mit keinem langen Abwägungsprozess verbunden. Aber für etwa 18 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war diese Entscheidung zumindest in Teilen schwierig bzw. belastend. Der mit Abstand wichtigste Aspekt pro Impfentscheidung war für die meisten Befragten, sich selbst vor Covid-19 zu schützen. Andere zu schützen folgt auf Platz zwei. Vergleichsweise häufig als wichtiger Grund genannt wurden auch die unproblematische Teilnahme am öffentlichen Geschehen (z.B. bei einem Restaurantbesuch) und ärztliche Ratschläge sowie allgemeine Impfempfehlungen der STIKO. Weitaus weniger relevant für die Impfentscheidung der meisten Befragten waren hingegen die Fragen, ob bei der Arbeit eine Impfung notwendig war oder der Freundes- und Bekanntenkreis eine Impfung erwarteten. In der aktuellen Situation fühlen sich über 80 Prozent der Befragten eher oder sehr sicher vor einem schweren Verlauf einer Covid-19 Infektion.

Wie sicher fühlen Sie sich aktuell vor einer schweren Covid-19 Erkrankung?



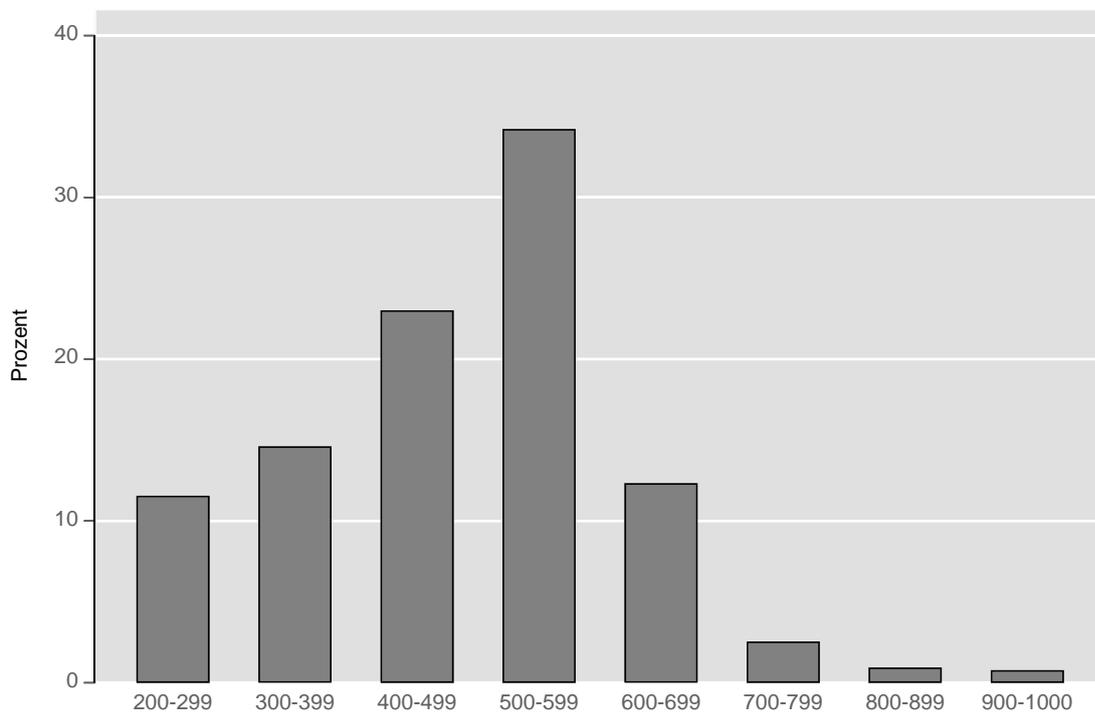
Welche der folgenden Corona-Schutzmaßnahmen halten Sie weiterhin im Alltag für sinnvoll?  
In Prozent nach Altersgruppe



Abstandsregelungen sowie das Tragen von Schutzmasken in geschlossenen Räumen wird von der Mehrheit der Befragten weiterhin als sinnvoll erachtet. Die älteste Altersgruppe ist diesen Schutzmaßnahmen etwas positiver eingestellt als die jüngeren – der Unterschied zwischen den Altersgruppen ist allerdings nicht extrem groß. Die Testpflicht wird nur von etwa 40 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als sinnvoll erachtet, wobei bei dieser Maßnahme so gut wie gar kein Unterschied zwischen den Altersgruppen feststellbar ist. Etwa 20 bis 25 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sämtliche Schutzmaßnahmen abgeschafft werden sollten.

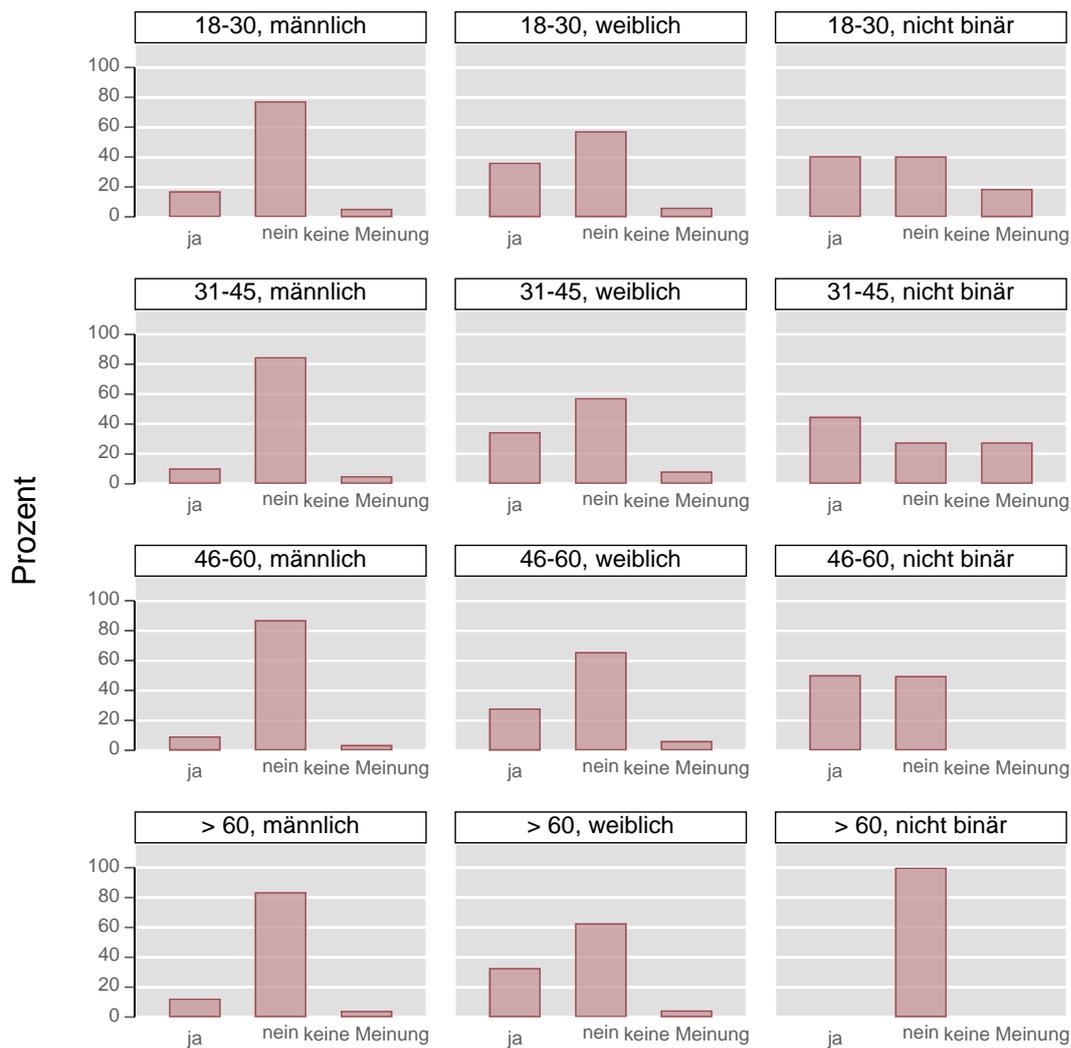
## 5. Bundestagsgröße und Frauenquoten in der Politik

Über die Größe des Bundestages wurde zuletzt immer wieder debattiert. Wie viele Mitglieder sollte der Bundestag Ihrer Meinung nach haben?



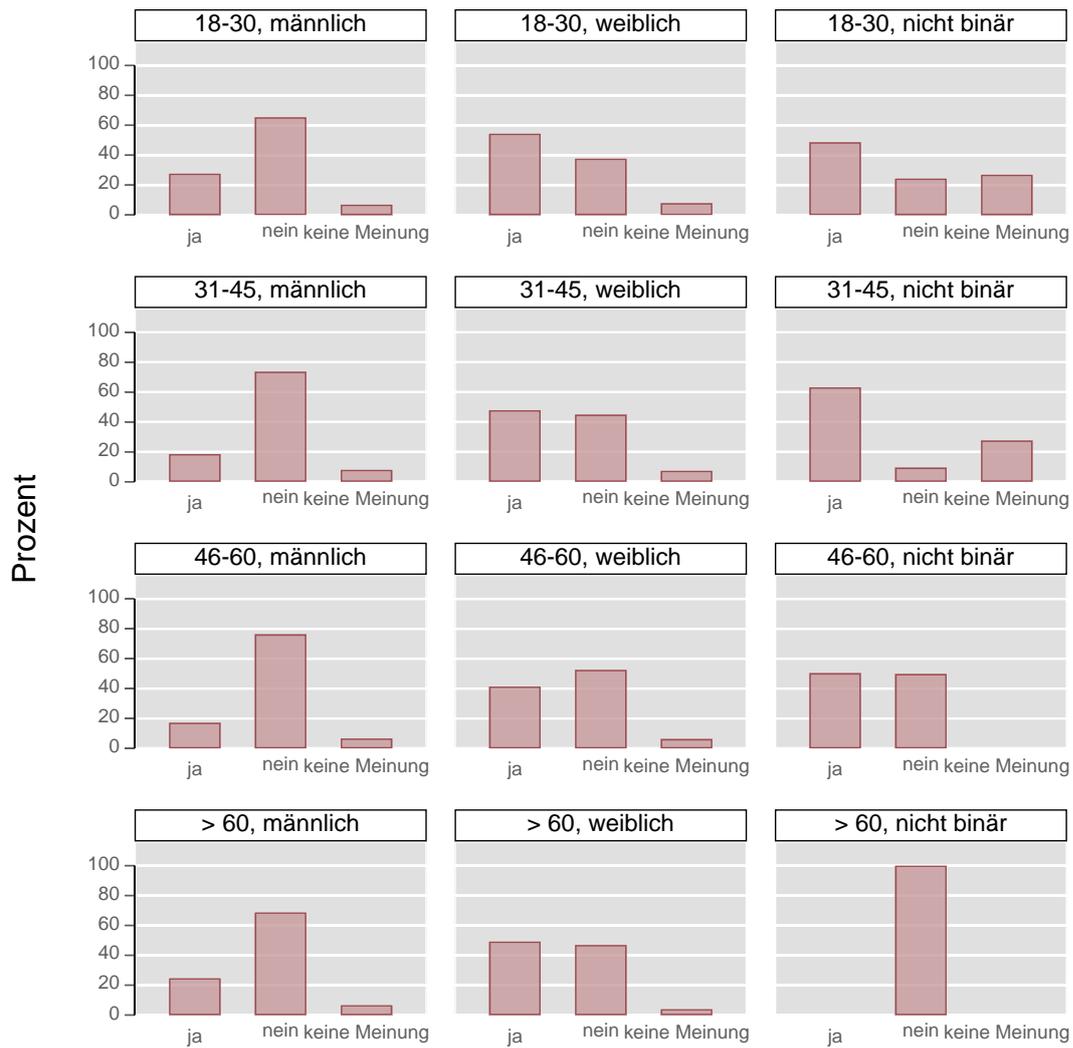
Die gesetzliche Größe des Bundestages liegt eigentlich bei 598 Abgeordneten. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate liegt die reale Größe aktuell allerdings bei 736. Dieses Anwachsen über die gesetzliche Größe wird seit geraumer Zeit kritisch diskutiert. Die Befragten wünschen sich ebenfalls mehrheitlich einen kleineren Bundestag. Die durchschnittlich gewünschte Größe liegt bei 463 Abgeordneten, bei einer Standardabweichung von 140.

Sollten die Parteilisten zur Bundestagswahl zwingend mit 50% Frauen besetzt sein?



Eine Pflicht zu einer paritätischen Besetzung der Bundestagswahllisten mit 50 Prozent Frauen wird mehrheitlich über alle Altersgruppen hinweg abgelehnt. Männer lehnen sie mit etwa 80 Prozent noch stärker ab als Frauen (ca. 60 Prozent). Einzig unter denjenigen, die ihr Geschlecht als nicht-binär angegeben haben, finden sich etwa gleich viele Personen, die eine paritätische Besetzung der Parteilisten befürworten und solche, die dies ablehnen. Aufgrund der geringen Anzahl dieser Gruppe in der Umfrage (N = 46) sind diese Daten allerdings nur wenig aussagekräftig.

## Sollte es innerparteiliche Frauenquoten geben?



Bei der Frage nach innerparteilichen Frauenquoten zeigt sich eine deutlichere Spaltung. Während Männer in allen Altersgruppen eine solche mehrheitlich ablehnen, sind jüngere Frauen und nicht-binäre Personen eher für eine innerparteiliche Frauenquote.